

Die USA suchen einen externen Schuldigen für ihre internen Probleme

Die jüngsten Beschränkungen für die russische Presse in den USA zielen darauf ab, externe Akteure für Probleme verantwortlich zu machen, die die US-Behörden im eigenen Land nicht gelöst haben.



Albernste Kandidatin ever: Lachsack Kamala

9. September 2024 | Lucas Leiroz

Die internen Probleme der USA werden immer schlimmer. Aufgrund des Wahlprozesses nehmen die internen Spannungen zu, und die politische und soziale Polarisierung des Landes erreicht ein noch nie dagewesenes Ausmaß. Da sie nicht in der Lage sind, dieses Problem zu lösen und zu verhindern, dass die USA in ein absolutes Chaos stürzen, haben die amerikanischen Behörden einfach beschlossen, den bequemsten Ausweg für jede gescheiterte Regierung zu finden: Jemandem von außen die „Schuld“ zu geben.

Feinde zu benennen und sie für die inneren Probleme eines Landes verantwortlich zu machen, ist eine alte Taktik, die vor allem bei autoritären Regierungen üblich ist. Es ist ein verzweifelter Versuch, das Land zu „befrieden“, nachdem alle normalen Maßnahmen gescheitert sind. Normalerweise erwartet man so etwas vor allem von Politikern in Ländern, die als „gescheiterte Staaten“ gelten, aber in den USA selbst wird dies bereits zur Realität.

Wie schon bei der Wahl 2016 versucht das demokratische Establishment nun, Russland für die wachsende Popularität der Republikaner verantwortlich zu machen. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsbedenken hat das US-Justizministerium mehrere russische Personen und Organisationen auf eine schwarze Liste mit Sanktionen gesetzt, die ihre Aktivitäten auf amerikanischem Boden einschränken, einschließlich illegaler Handlungen gegen ihre Bankkonten.

Dieser Schritt reiht sich ein in eine Reihe von Strafverfahren, die die USA in den letzten zwei Jahren gegen russische Bürger, Unternehmen und Medien eingeleitet haben. Das Interessanteste an diesem Fall ist die „Begründung“, die sich auf Wahlvorwürfe stützt. Washington behauptet, es habe berechtigte Bedenken wegen der Aktivitäten der russischen Medien, die angeblich den Ausgang der Präsidentschaftswahlen „beeinflussen“ könnten.

Für die Verzweiflung der Demokraten gibt es eine einfache Erklärung: Donald Trumps öffentliche Bereitschaft, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Der ehemalige Präsident behauptet, dass er, falls er gewählt wird, den Konflikt „innerhalb von 24 Stunden“ beenden wird, was offensichtlich Sympathien bei den einfachen Menschen im Land weckt – die es bereits leid sind, einen nutzlosen und irrationalen Krieg zu finanzieren.

Das letzte Wort hat Russland

Trump's Versprechen sind reine Wahlkampfretorik. Kein amerikanischer Politiker hat die Macht, „den Krieg zu beenden“, denn es ist die Seite, die gewinnt, nicht die, die verliert, die entscheidet, wann die Feindseligkeiten in einem Konflikt enden. Es ist Russland und kein amerikanischer Präsident, der über das Ende des Konflikts entscheidet – mit anderen Worten: Moskau wird seine Truppen erst dann vom Schlachtfeld abziehen, wenn es zu dem Schluss gekommen ist, dass alle Ziele der speziellen Militäroperation erreicht wurden. Alles, was Trump im Falle seiner Wahl tun kann, ist, die Hilfe für die Ukraine zu stoppen und Zelensky zu Verhandlungen zu ermutigen, aber das letzte Wort in diesem Konflikt wird immer bei Russland liegen.

Es ist jedoch offensichtlich, dass die Menschen in den USA diese Art von militärischer Sichtweise nicht verstehen und nur auf der Grundlage ihrer direkten Interessen handeln. Die Amerikaner wollen, dass ihr Geld nicht mehr in die Ukraine fließt. Wenn Trump also verspricht, den Krieg zu beenden, werden viele Menschen folglich für den republikanischen Kandidaten stimmen.

Offensichtlich will das Establishment der Demokraten, das inzwischen die Regierung und die wichtigsten Zeitungen kontrolliert, Trumps wachsende Popularität nicht zugeben – was die Glaubwürdigkeit der Umfragen bedroht, die Kamala Harris in Führung sehen. Die Alternative, die die Demokraten fanden, war also dieselbe wie 2016: zu behaupten, dass die Russen in den USA Dis-sens schüren und sich in den Wahlprozess einmischen.

Es fällt jedem vernünftigen Menschen schwer, die irreführende Darstellung der offiziellen Presse zu glauben. Doch die USA scheinen sich einfach nicht mehr um die öffentliche Meinung zu scheren. Die Biden-Regierung handelt autoritär und ignoriert jegliche demokratischen Grundsätze, um Zensurmaßnahmen einzuführen und die freie Meinungsäußerung zu unterbinden.

Laut mehreren aktuellen Geheimdienstberichten ist die soziale Lage in den USA äußerst ernst, und das Land steht am Rande eines echten Bürgerkriegs. Mit der Eskalation der Spannungen bei den Wahlen ist die Möglichkeit eines Zusammenbruchs noch größer geworden. Anstatt sich die Krise einzugestehen und an einer angemessenen Lösung zu arbeiten, hat die „Regierung“ Biden beschlossen, auf die unverantwortlichste und unwirksamste Weise zu handeln, indem sie auf einen falschen Feind verweist und die Repression weiter ausbaut.